

Haushaltsausschuss des Bundestags bewilligt 1,5 Millionen Euro für Freibadsanierung

Martin Himmelheber (him)

BERLIN/SCHRAMBERG (him) – Der Haushaltsausschuss des deutschen Bundestags hat am Mittwoch einen Zuschuss in Höhe von 1,5 Millionen Euro für die Modernisierung des Schramberger Freibads in Tennenbronn bewilligt. Das hat am frühen Nachmittag der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Fechner der NRWZ mitgeteilt.

Die Stadt Schramberg hatte eine Zuschuss aus einem neuen Bundes-Programm zur Sanierung von Sportstätten beantragt. Schrambergs OB Thomas Herzog, von der NRWZ informiert, war „hoherfreut, daß unser Konzept zur Badmodernisierung auch in Berlin überzeugt hat“.

In einer Pressemitteilung der SPD heißt es dazu, der Haushaltsausschuss des Bundestages habe laut Fechner in seiner Sitzung am Mittwoch „das Schramberger Freibad als förderungswürdig angesehen und deshalb die Fördermittel bewilligt“.

Die Modernisierungskosten werden von der Stadt Schramberg auf 5,2 Millionen Euro geschätzt. „Ich freue mich sehr, dass der Bund einen so hohen Betrag für den Umbau des Schramberger Freibades zur Verfügung stellt. Denn gerade im ländlichen Raum sind eine attraktive Freizeiteinrichtungen für Bürger aber auch den Touristen besonders wichtig“, freut sich der SPD-Abgeordnete Fechner. „Diese Steuermittel sind deshalb besonders gut investiert, weil die Schramberger und auswärtige Besucher ein tolles Schwimmbad bekommen werden.“

Dies sieht auch Schrambergs SPD-Vorsitzender und Stadtrat Mirko Witkowski so: „Dass der Bund einen so hohen Zuschuss bewilligt, ist eine Auszeichnung für unsere Planungen“. Große Freude auch beim CDU-Stadtverbandsvorsitzenden Thomas Brantner, den der Bundestagsabgeordnete Volker Kauder informiert hat: „Die 1,5 Millionen Euro helfen uns sehr, die höheren Baukosten zu bewältigen.“

Leider gebe es aber keine Doppelförderung, so Brantner. Schramberg hatte auch einen Landeszuschuss

aus dem Tourismusförderprogramm beantragt und vor wenigen Wochen die Zusage bekommen, knapp 1,2 Millionen Euro zu erhalten. Wenn die Stadt den Bundeszuschuss bekommt, wird die Landesförderung nicht auch gezahlt.